

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Freit- und Veranlagungsbelegte sollen pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbelegte werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Blumenhauer Straße 88-42. Telefon-Nr. 88 u. 89. Telegr.-Nr.: 11769 Bochum.

Bergwerksetat und Knappschafftsgesetznovelle

Dem am 9. Februar zusammengetretenen preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Staatshaushaltsplan für 1915 vorgelegt worden, der mit Rücksicht auf den Kriegszustand bewertet werden muß. Niemand weiß, wie lange der Krieg dauern wird, welche wirtschaftspolitischen Folgen — auf die es uns hier ankommt — er haben, wie er die Einnahmen und Ausgaben der beteiligten Staaten, also auch des preussischen Staates, noch beeinflussen kann. Infolgedessen muß bei der Veranschlagung des Staatshaushaltsplanes (Etatstellung) vieles „in der Schwebe“ bleiben, womit sich die Kritik abzufinden hat.

Im allgemeinen entwarf der Finanzminister Herr Henke bei seiner Einführungsvorrede kein ungünstiges Bild von der staatlichen Finanzlage. Ihre Hauptstütze, das Rechnungsergebnis der Eisenbahnverwaltung, hat sich auch während der Kriegszeit überraschend gut bewährt. Die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung blieben gegen Ende des Jahres 1914 schon nicht mehr weit hinter denen des sehr günstigen Vorjahres zurück. Den Leistungen der Eisenbahnverwaltung während der Kriegszeit wurde mit vollem Recht das höchste Lob gezollt.

Der uns hier am meisten interessierende „Etat der Berg-, Sülten- und Salinenverwaltung für das Etatsjahr 1915“ mußte natürlich auch unter dem Gesichtspunkt nicht vorauszuweisender Kriegsmöglichkeiten aufgestellt werden. Die preussisch-fiskalischen Montanwerke beschäftigten bereits 1912 (für 1913 liegt der Betriebsbericht zurzeit noch nicht vor) über 105 562 Arbeiter. Inzwischen sind noch weitere Betriebsveränderungen vor sich gegangen. Der Vorschlag für 1912 rechnete mit rund 290 Millionen Mark ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen; der für 1913 sah unter denselben Titeln 335,5, der für 1914 an gleicher Stelle 353 Millionen Mark vor. Der Etat für 1915 rechnet mit rund 365,6 Millionen Mark ordentlichen und außerordentlichen Einnahme, geht also über den vorjährigen mit fast 12 1/2 Millionen Mark hinaus. Ob diese Rechnung stimmen wird, hängt in erster Linie von dem Kriegsverlauf ab. Beispielsweise würde eine weitere Entfaltung des Bergbaues von geschulten Arbeitskräften schon allein das Förderergebnis auch der fiskalischen Werke und damit ihre Finanzwirtschaft ungünstig beeinflussen.

Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation ist in den Etatverläutungen von den sonst üblichen Nachwirkungen über die vorausgesetzlichen Verkaufsmengen und Preise Abstand genommen worden. Man hofft für 1915 auf eine Betriebs-einnahme von rund 364,24 Millionen Mark, das sind 11,9 Millionen Mark mehr wie für 1914 veranschlagt worden sind.

Die Gesamtausgaben sind auf rund 346,74 Millionen Mark geschätzt, wovon 308,58 auf die dauernden, 18,15 auf die einmaligen und außerordentlichen Betriebsausgaben, 18,91 auf Zinsen- und Tilgungsbeträge (der Bergwerksschuld), 6,06 Millionen Mark auf die dauernden, 20 000 Mark auf die einmaligen und außerordentlichen Verwaltungsausgaben entfallen. In den vorjährigen Etat waren die dauernden Betriebsausgaben mit 301,5 Millionen Mark, für den Zinsendienst und Schuldentilgung 9,3 Millionen Mark eingestuft.

Unter den dauernden Betriebsausgaben nehmen die für Löhne (ohne solche für Beamten) weitaus die erste Stelle ein. Es wurden an Lohnausgaben veranschlagt:

1912: 135 959 760 Mk.	1914: 136 324 110 Mk.
1913: 150 977 210 Mk.	1915: 159 815 110 Mk.

Die verhältnismäßig geringe Mehrausgabe an Löhnen pro 1915 infolge der höher veranschlagten „Kohlenförderung“ zu erwarten sein. Die Verwaltung rechnet also trotz der Kriegslage auf eine höhere als die vorjährige Förderung, was angesichts des großen Abgangs der geschulten Arbeitskräfte auffallen muß. Indessen, es handelt sich ja nur um eine Wahrscheinlichkeitsrechnung, die sich als richtig herausstellen dürfte, wenn der Krieg nicht nur verhältnismäßig bald, sondern auch, was wir bestimmt hoffen, für Deutschland günstig beendet sein wird.

Unter den „einmaligen und außerordentlichen Ausgaben“, die für 1915 nur um 516 800 Mark (auf genau 18 173 900 Mark) geringer als für 1914 veranschlagt sind, finden wir eine Reihe Posten, die beweisen, daß der preussische Fiskus seine Bergwerksanlagen auch im laufenden Jahre zu erweitern gedenkt. Je eine Million Mark wird gefordert für den Ausbau der oberirdischen Schachtanlage Rurow-Osterfeld und der dortigen Koferei und der elektrischen Zentrale. Für den Ausbau des westfälischen Zwickelschachtes werden 1 650 000 Mark, für einen neuen Gladbeckschacht 750 000 Mark, für die Erweiterung der Kofereien mit Nebenproduktengewinnung, der Resselanlagen, der Kohlenwäschen und der Gaszentrale zur Kraftverförmung

der Gruben im Bergwerksdirektionsbezirk Recklinghausen werden zusammen 2 700 000 Mark gefordert. Im Saargebiet sollen für den Ausbau des Bergwerks von der Seydt 1 158 000, für die Erweiterung der Medenrube 1 350 000, für einen neuen Schacht bei Frauulautern 582 000, für den Ausbau der Grube Welsen 520 000 Mark veranschlagt werden, um nur die Hauptsummen zu nennen. Für Erweiterung der Arbeiterkolonien sind für Oberschlesien 200 000, für Westfalen 500 000 Mark angefordert. 1 787 500 Mark werden verlangt für „Gründerwerb und zur Erwerbung von Bergwerkseigentum“. Der Fiskus denkt also nicht daran, der Meinung, der „Etat“ solle sich als Bergwerksunternehmer „mehr zurückhalten“, zu folgen. Uns ist es recht so.

Natürlich ist auch die Veranschlagung des „vorausgesetzlichen Ueberschusses“ nur eine Wahrscheinlichkeitsrechnung. Es ist aber doch interessant und zeugt auch für eine uns günstige Beurteilung der Kriegsfolgen in den preussischen Regierungskreisen, daß der Etat für 1915 einen höheren als den vorjährigen veranschlagten Ueberschuß der fiskalischen Werke voraussetzt. Nach Begleichung aller dauernden, einmaligen und außerordentlichen Ausgaben, inklusive der Verwendung bedeutender Betriebsüberschüsse zu Erweiterungs- und Neubauten sowie höherer Zinszahlung und Schuldentilgung, waren als Netto-Ueberschuß veranschlagt:

1912: 5 988 278 Mk.	1914: 17 945 065 Mk.
1913: 14 678 161 Mk.	1915: 18 878 584 Mk.

Das sind, vergleicht man die Betriebsergebnisse der großen Privatwerke, keine hohen Ueberschüsse, sondern nur mäßige. Aber man muß auch bedenken, daß aus den fiskalischen Werksüberschüssen nicht nur ein viel höherer Betrag, als bei den Privatwerken üblich ist, direkt zu Betriebsveränderungen und -verbesserungen ausgegeben wird, sondern daß aus den fiskalischen Werksüberschüssen auch die bedeutenden Aufwendungen für die obersten, mittleren und unteren Bergbehörden, die Berginspektoren, die Geologische Landesanstalt, die Bergakademien, Bergschulen, Berggewerbezirke, knappschaftliche Schiedsgerichte usw. bestritten werden. Diese Verwaltungsbehörden und Lehranstalten rechnen für 1915 nur auf 599 530 Mark Einnahme, bedürfen aber einen Zuschuß von 5 467 840 Mark, der natürlich von den Betriebsüberschüssen zu nehmen ist. Von der Tätigkeit dieser Behörden und Lehranstalten profitieren aber auch die Privatunternehmer im hohen Maße. Sodann darf nicht vergessen werden, daß der Fiskus für die Erwerbung von Werken und Feldern (Kalkwerk Wenenburg, westfälische Gladbeckzeche und Kohlenfelder) einen außerordentlich hohen Preis gezahlt hat, was ihm wieder viel zu hohe Zins- und Tilgungskosten aufzuehlt hat. Auch diese Millionensummen gehen von den Betriebsüberschüssen ab, so daß der Nettoüberschuß abermals extra stark verringert wird. Das ist stets bei der Beurteilung der fiskalischen Werksüberschüsse zu berücksichtigen.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist auch ein „Entwurf eines Knappschaffts-Kriegsgesetzes“ zugegangen. Der Gesetzentwurf verfolgt den löblichen Zweck, den zu „Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Diensten“ einberufenen Knappschafftsmitgliedern die bei ihrer Einberufung erworbenen knappschaftlichen Anrechte zu sichern. Der Entwurf ist also eine notwendige Ergänzung des Kriegsgesetzes vom 4. August 1914 betreffend Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung und den Bekanntmachungen des stellvertretenden Herrn Reichskanzlers vom 26. November 1914 betreffend die reichsgesetzlichen Ansprüche auf Invaliden- usw. Pensionen. Das Knappschaffts-Kriegsgesetz will die in den preussischen Knappschafftskassen von den Kriegsteilnehmern erworbenen Anrechte sicherstellen durch Aufhebung der gesetzlichen und statutarisch festgelegten Fristen und Aufhebung der Vorschriften betreffend die Zahlung von Anerkennungsgebühren. Das Gesetz soll rückwirkende Kraft erhalten, es soll darum vom 1. August 1914 gelten, so daß die in unseren Kameradenkreisen bereits lebhaft aufgetretene Besorgnis, es könnten, da bisher noch keine gesetzliche Vorfrage getroffen sei, den im Kriegsfelde stehenden Kameraden bzw. ihren Angehörigen die Knappschafftsrechte verloren gehen, gegenstandslos geworden ist. An der einstimmigen Annahme des Gesetzentwurfes, der alsbald im Landtag zur Veratung kommen soll, ist nicht zu zweifeln. Wenn der Gesetzesentwurf endgültig beschlossen ist, werden wir den Wortlaut in unserer Bergarbeiterzeitung veröffentlichen.

Unsere Kameraden in den anderen deutschen Bundesstaaten (Sachsen, Bayern, Altenburg, Braunschweig usw.) empfehlen wir, durch die ihnen nahestehenden Landtagsabgeordneten die betreffenden Landesregierungen ebenfalls zur Vorlage eines Knappschaffts-Kriegsgesetzes zu veranlassen.

Für ein Einigungsamt im Bergbau

Die unterzeichneten Verbände richteten an den Minister für Handel und Gewerbe folgende Eingabe:

An Se. Excellenz, den Herrn Minister für Handel und Gewerbe, von Sydow, Berlin.

Die ergebenst unterzeichneten Bergarbeiterverbände erlauben sich Ew. Excellenz die Bitte zu unterbreiten, geeignete Schritte zu veranlassen, daß zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern des Bergbaues ein Einigungsamt errichtet wird.

Als Aufgabe des Einigungsamtes käme die friedliche Vermittlung und Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit und der persönlichen Behandlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern des Bergbaues bezw. den beiderseitigen Organisationen ergeben, in Betracht.

Zur Begründung unserer Bitte führen wir folgendes an:

In der letzten Zeit ist unter den Bergleuten der verschiedenen Bergwerksbezirke Preußens, besonders auch im rheinisch-west-

fälischen Industriegebiet, eine gewisse Mißstimmung und Unzufriedenheit entstanden. Diese ist u. a. dadurch hervorgerufen, daß die Arbeitgeber in der Frage der Ueberschichten zu rigoros vorgegangen sind. So wurden uns von den Bechen Breuken I und Viktoria eine Anzahl Verstrafungen gemeldet, weil die Leute keine Ueberschichten machen wollten. Wer dann kündigen wollte, dem drohten die Beamten mit Zurückziehen der Reklamation und mit dem Schützengraben. Auch von der Beche Neumühl wird uns berichtet, daß man den Leuten sehr oft mit dem Schützengraben drohe. Als sich auf Beche Wiedenbalsbank die Leute weigerten, Sonntags- und Nebenarbeiten zu verrichten, sagte der Steiger Gähne, wenn das so weiter gehe, werde die Belegschaft einfach geschlossen. Von Beche Rheinele wird berichtet, daß der Steiger Geiger einem Schichtlöhner einen Lohnabzug von 50 Pf. pro Schicht angekündigt habe, wenn er die Ueberschichten nicht mitmache.

Derartige Vorkommnisse sind nicht geeignet, die Bergleute zur Ueberschicht anzuregen. Sie schaffen vielmehr unnötige Erregung und Verärgerung. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die Bergarbeiter der Ueberschicht keineswegs grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. Sie sind im Gegenteil im

ländischen Interesse gern bereit, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Kohlenförderung auf einer ausreichenden Höhe zu halten. Diese Bereitwilligkeit würde u. E. noch gesteigert werden, wenn die Arbeitgeber im Bergbau bestimmte Zahlen über die unbedingt erforderlichen Kohlenmengen angeben würden.

Mit der Frage der ausreichenden Förderung steht die Frage der Beschäftigung von Kriegsgefangenen im engen Zusammenhang. Die unterzeichneten Verbände stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn es wegen zu großen Arbeitsmangels auch trotz der Ueberschicht nicht möglich ist, den Betrieb aufrecht zu erhalten, gegen eine Beschäftigung der Kriegsgefangenen über 8 Tage nicht einzuwenden ist. Für sehr bedenklich wird jedoch deren unterirdische Beschäftigung gehalten, die Preismeldungen zufolge bereits auf einer Anzahl Bechen ernsthaft in Erwägung gezogen ist. Einer solchen Beschäftigung stehen zunächst große betriebstechnische Schwierigkeiten bezüglich der Aufsicht, Verblindung usw. entgegen. Dazu kommt dann noch die Gefährlichkeit des Bergwerksbetriebes, die von den Kriegsgefangenen, die doch unsere Landesgegner sind, zum Schaden der gesamten Belegschaft und auch des betreffenden Bergwerks ausgeht werden könnte.

Eine Verständigung über die bisher erwähnten Fragen liegt nicht nur im Interesse der Bergarbeiter, sondern auch der Werksbesitzer. Sie würde leicht erzielt werden, wenn eine Einigungskommission vorhanden wäre, in der gemeinsam diese Fragen besprochen werden könnten. Am besten würde sich hierzu ein Einigungsamt eignen, das man schließlich auch Verständigungs- oder Schlichtungskommission nennen könnte.

Ganz besonders aber würde diese Einrichtung geeignet sein, sich mit den Beschwerden über unzureichende Löhne, die in letzter Zeit immer häufiger werden, zu beschäftigen. Gerade die Lohnkürzungen sind zum größten Teil schuld an der Unzufriedenheit, die unter den Bergarbeitern vorhanden ist. In diesem Punkte werden wir noch besonders spezialisiertes Material überreichen, wollen aber heute schon bemerken, daß uns von verschiedenen Bechen Sauerdurchschnittslöhne von 5,20 Mk., 5,80 Mk. und auch noch darunter gemeldet wurden. Solche Löhne müssen im Hinblick auf die Beschäftigung im Bergbau und im Hinblick auf die immer mehr steigenden Preise der Lebensmittel als unzureichend bezeichnet werden. Der Wunsch der Bergarbeiter geht nun dahin, daß sowohl für die Sauer- und Rehauer, als auch für die Schichtlöhner und die jugendlichen Arbeiter, die heute auch unterirdisch beschäftigt werden, ein angemessener Lohn bezahlt werde.

Leider ist es bisher den Vergleuten bzw. deren gesetzlichen Vertretern unmöglich gewesen, bezüglich der Lohnfrage mit den Bechenverwaltungen zu verhandeln. Diefelben stehen fast allgemein auf dem Standpunkte, daß die Arbeiterausschüsse in der Lohnfrage nicht zuständig seien.

Aus all diesen Gründen halten wir die Errichtung eines Einigungsamtes oder auch mehrerer derselben für den Bergbau für dringend notwendig. Manches Mißverständnis zwischen Werksbesitzern und Arbeitern könnte dadurch beseitigt, manche Unzufriedenheit und Erbitterung hintangehalten werden. Wir brauchen nur daran zu erinnern, wie segensreich derartige Einrichtungen bisher in anderen Berufen gewirkt haben. Auch im Bergbau können und müssen sich schon im vaterländischen Interesse Arbeitgeber und Arbeiter näher kommen, sich die Hände reichen und gemeinsam die Schwierigkeiten zu meistern versuchen, welche die gegenwärtige Zeit mit sich bringt. Auf diese Weise kann von beiden Seiten positiver mitgewirkt werden, damit auch auf wirtschaftlichem Gebiete der schwere Kampf siegreich durchgeführt wird.

Wir schließen unsere ergebene Bitte daher mit dem Wunsche, das Ew. Excellenz unsere Bestrebungen auf Errichtung eines Einigungsamtes im Bergbau unterstützen möchte, und verbleiben

Mit hochachtungsvollem Blick auf!
Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.
Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Polnische Berufsvereinigung der Bergarbeiter.
Gewerbeverein der Bergarbeiter S.-D.

Mehr Brot für die Bergarbeiter

Wir haben schon in Nr. 7 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 13. Februar 1915 mehr Brot für die Bergarbeiter gefordert, weil Arbeiter und besonders Bergarbeiter, die schwere körperliche Arbeit verrichten müssen, mit einem halben Pfund Brot täglich nicht gut auskommen können. Die Mitteilung, daß unsere Ansicht auch von maßgebenden Stellen geteilt werde und die Arbeiter der Bergwerks- und Schwerindustrie täglich ein Pfund Brot erhalten sollten, hat sich leider als irrig herausgestellt. Inzwischen sind die Vertreter der Bergarbeiterverbände desweg-n auch im Reichsamt des Innern vorstellig geworden, haben aber keine bestimmten Zusicherungen erhalten. Die unterzeichneten Verbände machten nun folgende Eingabe:

Berlin, den 10. Februar 1915.
An den Herrn Stellvertreter des Reichskanzlers,
Se. Excellenz Dr. Delbrück, Berlin.

Als Vertreter der unterzeichneten Bergarbeiterorganisationen erlauben wir uns, Ew. Excellenz folgendes zu unterbreiten:

Infolge des Getreidemangels wurde pro Kopf der Bevölkerung ein bestimmtes Quantum Mehl und Brot festgesetzt. So gibt es in Berlin pro Kopf wöchentlich 4 Pfund Brot, in Westfalen 3 1/2 Pfund. Wir sind davon überzeugt, daß diese Maßregeln im Interesse der Volksernährung getroffen wurden, erlauben uns aber, darauf aufmerksam zu machen, daß das festgesetzte Gewicht Brot für gutgenährte Leute, die sich noch nachhastig Zufrost verschaffen können, reichlich bemessen ist, auch viel leicht ausreicht für Arbeiter, die eine leichte Erwerbstätigkeit ausüben. Knapp wird die festgesetzte Menge Brot für Arbeiter mit starker körperlicher Tätigkeit, aber gänzlich unmöglich ist es, daß die Bergarbeiterschaft, die keine Gelegenheit hat, Mitgefessen zu sich zu nehmen, damit auskommt. Sie müssen mit Geduld den Weg zur Grube und wieder heim 10 Stunden und länger mit dem halben Pfund Brot auskommen. Bei Fabrikarbeitern, überhaupt bei Tagesarbeitern, mag und wird der

Mangel an Brot durch andere Speisen, so durch ein Mittagsmahl, weitgemacht werden, das heißt, wenn die Löhne ausreichen, die dazu nötigen Lebensmittel zu beschaffen. In die Grube aber kann kein warmes Mittagessen gebracht werden, da, abgesehen von dem Kohlenstaub, der Menschen und Orte bedeckt, einzelne Arbeitspunkte so weit entfernt sind, daß von einem Einschleppen von Mittagessen keine Rede sein kann.

Wer die Arbeitsverhältnisse auf den großen Becken kennt, muß uns beistimmen. Die Bergarbeiter werden daher mit der Verordnung, daß ihnen pro Tag nur ein halb Pfund Brot pro Person zuzuführen soll, hart getroffen. Es ist auch anzunehmen, daß, wenn bei der schweren Arbeit in der Grube noch der Hunger als Gast einkehrt, die Bergarbeiter notgedrungen im Interesse ihrer Gesundheit auf Ueberschichten verzichten müßten. Es wäre aber sicher eine nicht gewollte Folge der Brotverordnung.

Wir erlauben uns nun, Ew. Erzellenz zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß den Bergarbeitern eine größere Geringfügigkeit Brot abgegeben wird. Dies wäre zu bewerkstelligen, indem ein entsprechender Vermerk auf der Brotkarte gemacht wird, oder aber es müßten die Bergarbeiter Gelegenheit erhalten, ihre Schicht zu unterbrechen, auszufahren und am Tage warme Speisen zu sich zu nehmen.

Wir glauben, durch die angeführten Gründe Ew. Erzellenz davon überzeugt zu haben, daß Mittel und Wege gesucht werden müssen, schädigende Folgen infolge der Brotverordnung vom Bergbau fernzuhalten, und geben uns der Hoffnung hin, daß Ew. Erzellenz eine dahingehende Anordnung trifft.

Mit hochachtungsvollem Gruß auf!

Polnische Berufsvereinigung (Abteilung Bergarbeiter).

Gewerkverein der Bergarbeiter S. D.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Eingabe an den Eschweiler Bergwerksverein.

Die unterzeichneten Verbände haben an die Direktion des Eschweiler Bergwerksvereins folgende Eingabe gerichtet:

„Herzogentath, den 10. Februar 1915.

Unterzeichnete erlauben sich, der Direktion folgende Wünsche der Belegschaftsmitglieder ganz ergebenst zu unterbreiten. Gleichzeitig bitten wir, die Angelegenheit einer wohlwollenden Prüfung und Berücksichtigung zu unterziehen.

Mit Rücksicht auf die durch den Krieg entstandene, ganz bedeutend verteuerte Lebenshaltung, die in den meist zahlreichen Bergmannsfamilien am erheblichsten empfunden wird, bitten die Arbeiter um eine angemessene Aufbesserung der Löhne. Die gegenwärtige günstige Lage auf dem Kohlenmarkt sowie die Tatsache, daß die Förderung pro Arbeiter jetzt erheblich höher ist wie vor dem Kriege, dürften eine Steigerung der Arbeiterlöhne als gerechtfertigt und durchführbar erscheinen lassen.

Viele Klagen werden geführt, weil im Lohne nicht berücksichtigt werden Betriebsstörungen, besonders in den Schüttelrutschen, ferner die unangünstige Beeinflussung der Leistung pro Kameradschaft bei Einstellung neuer, nicht eingearbeiteter Leute, sowie die geringere Wirkungskraft der neuen Sprengstoffe. Die Arbeiter der Gruben der früheren Bergbauvereinsgesellschaft haben den Wunsch, daß das Gedinge so geht wird, daß der Arbeiter auf Grund des Gedinges seinen Lohn verdienen kann und er nicht auf das „Lohnschreiben“ durch den Steiger angewiesen ist.

Bezüglich der Behandlung liegen Fälle vor, wo Beamte die Arbeiter offen als Faulenzer beschimpften. Nach Eingabe des Fahrsteigers Finken soll der Herr Betriebsführer von Anna eine Kameradschaft als „Landesverräter“ bezeichnet haben, weil die betreffenden Arbeiter am Dreifönigstage nicht gearbeitet haben.

Die Arbeiter weigern sich nicht zu angemessener Ueberschicht, weil sie für die Bedürfnisse des Vaterlandes Verständnis haben und auch zu Opfern bereit sind, wie dies bei ihren Kameraden auf dem Schlachtfelde der Fall ist. Es dürfte nicht auf den guten Willen der Arbeiter, sondern auf andere Verhältnisse zurückzuführen sein, wenn vielfach wegen der Nacharbeit Mißtrauen unter den Arbeitern vorhanden ist. Auf Grube Rocardt hat ein Steiger Arbeitern zugemutet, auf den Lohn für zwei Ueberschichten zu verzichten, sonst könne ihnen der im Gedinge

verdiente Lohn, 6,80 Mk., nicht gezahlt werden. Die Belegschaft der Grube Rauerweg hat pro Januar achtmal zwei Stunden oder zwei Schichten nachgearbeitet. Im Lohnbuch standen aber nur die 25 laufenden Schichten verzeichnet. Auf die Beschwerde der Arbeiter wurde von den Beamten erklärt, der Lohn für die zwei Ueberschichten sei auf die 25 laufenden Schichten verrechnet. Demgegenüber steht die Tatsache, daß der Lohn pro Schicht für einzelne Arbeiter pro Januar noch geringer wie pro Dezember 1914 war.

In allen Industriezweigen steigert sich der Lohn bei Nacharbeit. Die Arbeiter wünschen, daß dies auch bei den jetzt infolge der Kohlenknappheit notwendig gewordenen Ueberschichten der Fall ist.

Im Interesse des Gesundheitszustandes der Arbeiter wünschen dieselben, daß jetzt bei dem längeren Aufenthalt in der Grube der Ventilation erhöhte Aufmerksamkeit zugebetet wird. Auf Grube Gouley leidet die Ventilation in Flöz Merl - Mevler: Steiger Supper - darunter, daß Wetterkliren fehlen. Ferner dürfte bei der Frage der Nacharbeit die Dauer des Weges von und zur Arbeit berücksichtigt werden. Dies trifft in der Hauptsache für Grube Wolfshardt zu. Die hier beschäftigten Arbeiter müssen zum Teil infolge der Grenzvorverteile Umwege machen, so daß diese Arbeiter bei normaler Schicht körperlich fast so erheblich in Anspruch genommen sind, wie andere Arbeiter bei der Nacharbeit.

Wir gestatten uns noch ergebenst zu bemerken, daß die Arbeiterorganisationen in wiederholten Konferenzen sowohl bezüglich der Lohnfrage als auch der übrigen Beschwerden die Stellung vertreten haben, welche das jetzt allein maßgebende vaterländische Interesse bedingt. Die Arbeiterorganisationen werden herzlich befehrt sein, ein Hand-in-Hand-gehen zu ermöglichen, sowohl im Interesse des Bergbaues und der Arbeiter, als auch im Interesse unseres bedrängten Vaterlandes.

Hochachtungsvoll!

Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Bezirk Wurmrevier. J. A.: P. Garisch, Herzogenrath.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. J. A.: Matthias Schlösser, Aachen.

Eine Abschrift dieser Eingabe wurde mit folgendem Begleitschreiben auch an die Bergbehörde gesandt:

„Herzogentath, den 10. Februar 1915.

Herrn Bergat Ludovici, Aachen.

Als Anlage übersenden wir ergebenst Abschrift einer Eingabe an den Eschweiler Bergwerksverein. Wir bemerken ergebenst, daß unter der Arbeiterschaft des Wurmreviers große Erregung vorhanden ist wegen der Entziehung des Lohnes für die zwangsweise verfahrenen Ueberschichten, sowie auch wegen der in der letzten Zeit vielfach inhumanen Behandlung. Auf Reche Rocardt erklärte gestern noch Herr Fahrsteiger Wittgenbach dem Arbeiter F. . . . der Lage am Berggewerbegericht eingereicht hat, um zu seinem Recht zu kommen: „Wer mit mir zum Gericht geht, den kann ich nicht mehr dulden. Entweder kündigen Sie selbst, oder ich werde Sie kündigen. So etwas lasse ich mir nicht gefallen.“ Der Arbeiter ist schon lange Jahre als Bauer auf Rocardt beschäftigt. Es liegt gegen ihn wegen seiner Arbeit nicht das geringste vor. F. . . . ist Sicherheitsmann, Ausschußmitglied und Knappschafftsleiter. Dies dürfte das Verhalten des Herrn Fahrsteigers Wittgenbach zur Genüge kennzeichnen.

Hochachtungsvoll!

Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Bezirk Wurmrevier. J. A.: P. Garisch, Herzogenrath.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. J. A.: Matthias Schlösser, Aachen.

Durch die Verrechnung der Ueberschichten auf die laufenden Schichten, wie es auf Rauerweg geschieht, werden die Arbeiter zweifelslos benachteiligt. Trotzdem wurde ein Gauer, der sich darüber beschwerte, in schlechtere Arbeit verlegt, was einer harten Bestrafung gleichkommt. Er hatte 25 laufende und zwei Ueberschichten verfahren, im Lohnbuch statt 27 aber nur 25 Schichten angeschrieben. Der Steiger sagte ihm, daß der Lohn für die zwei Ueberschichten in den 25 Schichten mit verrechnet sei. Trotzdem war aber sein Lohn pro Schicht nicht so hoch wie im vorhergehenden Monat unter den gleichen Arbeitsverhältnissen. Die Beschwerde des Arbeiters war also durchaus berechtigt, hatte

aber nur den Erfolg, daß er in schlechtere Arbeit verlegt wurde, wo er erheblich weniger verdient.

Auf Wilhelmshacht hatte ein jugendlicher Arbeiter seine Arbeit eine halbe Stunde zu früh verlassen. Zur Strafe wurde sein Schichtlohn von acht auf sieben Behtel herabgesetzt. Einer Anzahl Arbeiter, die schon sechs, neun, sogar dreizehn Monate lang acht Behtel Lohn erhielten, wurde derselbe während des Krieges auf 7 1/2 Behtel herabgesetzt. Von dieser Art Burgfrieden sind die Arbeiter selbstverständlich recht wenig erbaut. Wir hoffen darum, daß die Eingabe den gewünschten Erfolg hat.

Vollswirtschaftliche Rundschau.

Die Kriegsrechnung.

Unter diesem Titel veröffentlicht der bekannte fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Harrer Naumann in der „Hilfe“ den folgenden lehrreichen Artikel:

Während in Oesterreich-Ungarn ein neuer Mann die Leitung der auswärtigen Politik übernimmt, bekommen wir in Deutschland einen neuen Staatssekretär des Reichsfinanzamtes. Dr. Kühn geht, nachdem er die Finanzen der neuesten Heeresvorlage und den Anfang der Kriegsberechnung bestens geregelt hat, und Professor Vandenberg Dr. Helfferich tritt an seine Stelle, 43 Jahre alt, eine Finanzgröße mit theoretischem Untergrund, ein Schüler von Welttheoretiker Professor Anny aus Straßburg, der auch von Brenano viel Volkswirtschaft gelernt hat und dem Kreise Wandbergers nahestand. In der Praxis der analitischen Bahn und der Zentralleitung der Deutschen Bank hat er den Wirtschaftsbetrieb, dessen industrielle Seite ihm aus seinem prächtigen Vaterlande bekannt ist, finanztechnisch kennen und leiten gelernt. Man hat ihn schon immer für ein Glück der deutschen Zukunft gehalten, nur war es sehr zweifelhaft, ob er aus der Großbank den Rückweg in den Staatsdienst finden würde. Er schien mehr an die Weltregierung der Sympatien zu glauben als an die der Ministerien. Jetzt aber, wo das Vaterland alle Kräfte braucht, stellt er sich zur Verfügung, um neben dem Reichsfinanzdirektor Hansen unsere finanzielle Miltung fortzusetzen und den Frieden und damit den Schluß der Kriegsberechnung vorzubereiten.

Der Krieg kostet natürlich viel Geld. Eben erscheint bei G. Meiner ein erweitertes Vortrag von Professor Julius Wolf über „Die Kriegsrechnung“, von dem man nur wünschen könnte, daß er noch etwas mehr erweitert worden wäre, weil er zwar eine Aufstellung der Kosten gibt, aber keine Ausführungen über den Anleihemarkt und über die zu erwartenden Folgen des riefenhaften, ungläubigen Vorkriegs. Heute schwimmt die ganze Menschheit in geborgtem Gelde. Kriegsfähende und Neutrale, Staaten und Städte nähern sich von Anleihen. Wenn vor etwa acht Jahren M. Martin vom Züricher Willow sagte, er sei „der größte Schuldenmacher der Weltgeschichte“, so war das schon damals nicht ganz richtig, liegt aber heute so weit hinter uns, daß alle vergangenen Schuldenrechnungen wie ein leichtes Kinderspiel erscheinen. Wolf rechnet vor, daß für Deutschland die täglichen Kriegskosten 40 Millionen betragen. Das kann etwas unterschätzt oder überschätzt sein, aber die Gegend ist wohl richtig bezehnet. Dazu kommen die erhöhten Kosten der Eisenbahn und Städte und die Verminderung fast aller regelmäßigen Staatsbeträgen, ganz abgesehen von privatskapitalistischen Verlusten. Oesterreich-Ungarn wird mit täglich 20 Millionen eingesetzt, die Türkei mit 4 Millionen, an deren Beschaffung wir uns wohl einigermachen werden beteiligen müssen. Unsere Gegner werden von Wolf auf 10 Millionen und der tägliche Kriegszbedarf überhaupt auf reichlich 150 Millionen Mark eingeschätzt. In zehn Tagen ist immer 1 1/2 Milliarden fällig — nur Kriegsbedarf! Um zu verstehen, was das bedeutet, merke man, daß die gesamten deutschen Kriegskosten von 1870/71 nur 1,75 Milliarden betragen haben! Was die Miltungen der Neutrals kosten, ist dabei noch nicht erwähnt. Die Schweiz hat unsere 200 Millionen Franken aufgenommen usw.

Die große Vorsumme, die sich mit jeder Kriegswocde fast automatisch erhöht, ist je länger es dauert, desto mehr selber Gegenstand des Streites, denn jeder Staat wünscht, daß der andere für ihn zahle. Die Friedenskonferenz nach dem Weltkrieg wird einen fast börsenartigen Charakter tragen, weil mehr als etwa ein Drittel der Wiener Kongreß oder die verschiedenen Pariser und Londoner Friedenskonferenzen dort wird neben vielem anderen auch um die zukünftigen Steuerbelastungen der Staaten gerungen werden, denn Anleihen sind Anweisungen auf Steuern noch kaum geborener Generationen. England, das Land der bestorganisierten Volkswirtschaft, zahlte an den Anleihen der Napoleonkriege bis in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts, Frankreich hat, so viel wir wissen, den Krieg 1870/71 noch nicht amortisiert. So wirken die Finanzbesichtigungen weitaus mehr als andere Kriegsschäden. Von diesem Weltkrieg wird man noch reden in den fernsten Steuerkommissionen. Darum ist es von höchstem Werte, daß wir jetzt eine führende Finanzkraft in der deutschen Regierung haben, damit militärische Wünsche und finanzielle Möglichkeiten richtig abgewogen werden.

Man muß sich wundern, daß überhaupt so viel geborgt werden kann. Helfferich ist schon vor dem Krieg einer von denen gewesen,

Der Tod von Arleux.

Blühender Speer, eiserner Hagel aus einem Maschinengewehr, Schrapnellwolke, in weißlichen Dunst zerfloßen, Fliegerpfeil, aus blauer Höhe geschossen, laut und leis, frostig und glühendheiß, zu Fuß, am Geschütz, im Flugzeug, als Reiter: Immer war er um uns und unser Begleiter. Auf allen Wegen ging er voraus und kam uns entgegen im Abendglüh, im Morgenrot — der Tod!

Aber von seinen hundert Gestalten haben wir eine jetzt behalten. Im Wald verriet, von Berghau und Graben eingeholt, hat er uns zehn Stunden nicht entdeckt. Er lauerte nur zwei Höhen weit. Er lauerte lang. Der Tod hat Zeit.

„Regiment an den Ortsrand vor!“ — Da recht sich drüben gewaltig empor und grüßt uns drohend über die Höhe der Tod von Arleux. Mit nervigem Griff und mächtigem Schwung — hum — wum — hung — hung — rollen die Donner aus seiner Hand und prallen an unsere graue Wand. Wir sitzen jäh, fast machen wir Saß. Da pflügt er mit hundert Granaten den Wald. Vorwärts, Leute! Nicht rückwärts gehen! Wir müssen den Tod der Arleux beteln. . . .

Fünf Häuser stehen schon Feuerbeleggt, auch sie hat der Tod von Arleux gepackt, und Wurf um Wurf jähzt von der Höhe der Granatenstöße der Tod von Arleux. — — — Am Abend sind wenige durchgedrungen und haben den grimmigsten Tod bezwungen.

Karl Bröger.

Der Krieg im Argonnenwald.

Die besondere Art der Kämpfe im Argonnenwald wird von dem im französischen Lager weilenden italienischen Kriegskorrespondenten Luigi Bergami in „Corriere della Sera“ wie folgt geschildert: „Man möchte sagen, daß die Schlacht durch die Wälder fast wie eine gigantische Jagd. Sie ist unter Bäumen und in Laubbäumen, verbergt sich in strategischen Schluchten voller Finsternis und zudigem Eis, streift durch das Dickicht, wo unter schimmernden Kartätschen das Bombengetöse raschelt, dringt in die endlosen Säulenhallen der großen, hohen Räume vor, deren Gipfel Granaten beschießen, gleitet

über den weichen rostbraunen Teppich der niedergefallenen Blätter. Hier und da droht für Augenblicke der Donner der Artillerie lauter und heftiger. Das ist die Meute der titanischen Jagd, die wild aufschult.

Eine italienische Kompanie ist bis gestern im Laufgraben bei Delante geblieben. Seit dem Sturm der Garibaldianer hat der Kampf an jenem Punkt phantastische Formen angenommen. Franzosen und Deutsche sind jetzt nur noch vier Meter von einander entfernt. Die Deutschen haben ihren früheren Laufgraben am Rande des Plateaus zurückerobert, aber die Franzosen haben sich in den von den acht Minen gegrabenen Löchern festgesetzt. Auf tiefe Krater sind das, zu denen man durch die unterirdischen Minengalerien gelangte, die dann aufgedeckt und zu Laufgräben umgewandelt wurden. Nur die letzten Meter, die gar zu sehr von dem Feind bedroht gewesen wären, hat man als Tunnel gelassen. Sie sind so eng, daß man sich nur mit Mühe hindurchzwängt. Die Schlangen gehen voran und helfen den andern, indem sie sie am Arm nachziehen. Nachdem die Franzosen auf diese Weise die Krater besetzt hatten, begannen sie an einem Verbindungsweg von Loch zu Loch zu arbeiten. Des Nachts wurde geschaukelt und die Erde zu den kleinen Schießscharten hinübergeworfen, die sich auf der feindlichen Brüstung abzeichneten. Eine gut gerichtete Nitraillenkette hatte diese Arbeit vor Ueberraschungen zu schützen. Die Deutschen waren während dieser Zeit damit beschäftigt, ihren Laufgraben in Belagerungszustand zu setzen. Beide Arbeiten schritten gleichmäßig vor. In den diversifizierbaren Punkten waren sie zehn Meter von einander entfernt. Von Zeit zu Zeit ein Schuß, ein Schrei, ein Fluch: das deutsche Feuer, das etwas die Oberhand hat, ist den französischen Arbeitern durch die Finger gefahren, als sie die Schaufel aufheben wollten. Die Nitraillenkette erwacht, tata . . . tata . . . , dann wieder Schweigen, und die Stille des Waldes unterbricht nichts als das regelmäßige Schürren der Schaufel auf dem harten Boden. Nicht weit vor dem feindlichen Laufgraben stehen zwei mächtige Räume, deren Stämme sich berühren. Hinter ihren gigantischen Säulen lauert ein deutscher Nachtposten. Ein kurzer Graben führt ihn auf gefährlichen Wegen dorthin. Nun lehnt sich die Brüstung des neugegründeten französischen Grabens gerade an den Fuß dieser Räume. Franzosen und Deutsche sind deshalb eigentlich nur um die Dide eines Baumstammes von einander getrennt. Man hört deutlich das leise Gekirch der feindlichen Wachen, die sich hinter dem Baum abhören. Bei solchen Entfernungen ist es nicht möglich, zum Schutz des Laufgrabens Drahtseile vor die eigenen Stellungen zu spannen. Dafür fabriziert man schwere Sitter von Holzbohlen, die man mit Stacheln besetzt. Unmöglich aussehendes Zeug, wie man es im fernsten Mittelalter gebraucht. Das wirkt man dann über die Brüstung, um dort ein Hindernis zu errichten. Manchmal wird solch ein „cheval de frise“, um die „Boches“ zu ärgern, mit solcher Heftigkeit geschleudert, daß es den Deutschen gerade auf die Köpfe fällt. Darauf deutsche Schimpfworte, Flintenladen, Schreie, Lachen. „Achtung da!“ Etwas bereitet sich auf der anderen Seite vor. Und in der Lat: „Eins, zwei, drei!“ Stampfend und schurrend springt das stachelige Ungeheuer seinen Weg zurück. Die Flinten sind ständig schußbereit. Bei solchem Abstand geht auch kein Schuß fehl. Man braucht nur eine Mütze auf einen Stock hochzuheben, um sie völlig durchlöchert herunterzuholen. Es genügt, daß eine Schießscharte etwas freiliegt, und der Mann, der dahinter steht, ist des Todes. Um sich gegen die Kälte zu schützen, haben die Deutschen häufig ihre Schießscharten mit Glascheiben versehen, so daß gerade nur noch ein Loch bleibt, durch das sich ein Flintenlauf stecken läßt.

Gewöhnlich hört man in den windstillen Nächten, in denen der Wald schläft, den Feind leben und atmen. So nahe ist er, daß jedes unterdrückte Husten, jedes Schreien der Nasen, jedes Geflüster, jedes leise Waffengeklirr gehört wird. Es herrscht eine wilde, brutale Intimität in diesem Lager. Man haßt sich, Allzu viel Blut ist zwischen diesen beiden Fronten geflossen. Und nie ein Waffenstillstand. Wer sich zeigt, wird niedergeschliffen. Misstrauen wird ohne jede Veranlassung geschossen: bloßes Aufwachen! Wenn die Deutschen singen, wird geschwehrt, wenn sie lachen, wird wieder geschwehrt. Der Krieg, der auf so engen Raum beschränkt ist, hat einen antiken Charakter angenommen. Sängig ins Zeughaus verbannte Feuerwaffen kehren wieder auf den Schauplatz ihres Ruhmes zurück. In den französischen Laufgräben im Argonnenwald steht man die „Capouillots“, die „alten Kröten“, wieder in Aktion treten, jene kurzen und ungelassenen Geschütze, die räderlos, den Schlund in die Luft streckend, auf einem richtigen Tisch hocken. Aus der napoleonischen Zeit stammen diese alten Kämpen noch. Die modernsten unter ihnen tragen auf dem Rücken die Inschriften: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, französische Republik 1849.“ Sie schleudern Bomben mit langen Lunten. Geladen werden sie je nach dem Wetter. Schätzig Granat Pulver bei trockener Luft. Es handelt sich dabei um eine Parometerfrage. Dieselbe Dosis kann die Bombe bis ans Ende der Welt erbedieren oder sie auch, je nachdem, auf den Rand des Laufgrabens zurückfallen lassen, in welchem Falle es eine allgemeine Flucht unter den Kanonieren gibt, die dagegen hochbeschiedigt mit sich sind, wenn sie die Bombe regelrecht wie einen Fußball dahinschießen sehen, während der Maulwurfschwanz mit der tauchenden Lunte lustig nachwackelt. Die Deutschen sind noch weiter in der Kriegsgeschichte zurückgegangen und haben einen Apparat aus Licht befördert, der den atmosphärischen Einbrüden gegenüber vollständig unempfindlich ist: die gute alte Holzlampe. Ihre Geschosse kommen ohne das geringste Geräusch an, nichts, das sie ankündigt, man hört ein Rascheln in den Zweigen der Bäume, und schon sieht man, sich selbst überschlagend, aus der Höhe einen großen metallischen Wallen herabstürzen, der mit höllischem Getöse explodiert. Aus dem offiziellen deutschen Berichte wissen wir, daß man sie „Dustorpedos“ nennt. Es sind Ofenrohre, die an beiden Enden geschlossen sind und Kartätschen und Explosivstoffe enthalten. Unterwegs fegt die Bombe von der Nachhut her die Waldwege rein. In Wäldern fallen die Schrapnelle auf die Straßen und Wäde, die mit abgerissenen Zweigen besäet werden. Es gibt keinen Raum mehr, der nicht seine Wunder hätte. Der ganze Wald wird gemartert und zerfleischt. Er sieht aus, als hätte sich ein furchtbarer Nachfall über ihn entladen. Und in seiner Tiefe wühlt unablässig nach allen Richtungen hin die Schaufel und Spade. Minen und Gegenminen. Neue Angriffe werden für den Augenblick der Explosion vorbereitet. Unbeweglich im Schlamm verharrend, hören die Soldaten, wie der Feind unter ihnen arbeitet. Ein dumpfes, unheimliches Scharren. Das Ohr am Boden, horchen die Trainoffiziere die Erde ab mit eben der Aufmerksamkeit, mit der ein Arzt eine kranke Lunge beleuchtet. Wo steht das Uebel? Sie wachsen die Plätze, um die gefährlichen Stellen der dumpfen Liebe herauszufinden. Die geheimnisvolle Arbeit schreitet drohend vor. Aber solange man noch schaufeln hört, beruhigt man sich bei dem Gedanken, daß die Mine noch nicht fertig ist. Schredlich aber ist die Stille. Wenn das Schaufeln aufhört, steht eine angabole Erwartung ein, die unerträglich wäre, wenn der Soldat im Kriege nicht seinen Fatalismus hätte. Er verfallt in eine tiefe Gleichgültigkeit. Er denkt nicht mehr, will nicht mehr denken, zieht den Kopf ein und wartet der schrecklichen Dinge.“

die den Reichtum der europäischen Nationen und im besonderen Deutschlands sehr hoch geschätzt haben. Aber nicht aller Reichtum läßt sich in Staatsanleihen verwandeln. Aller festliegende Besitz, alle Bodenwerte, Industrieerträge, Kolonialerträge können zwar den Besitzer wechseln, können durch Zerstückung und Verschärfung sinken oder durch große Ausnahmegerlegenheiten steigen, aber sie sind ihrer Natur nach keine beweglichen Mittel für Anleihen. Hierfür kommt nur der Ertrag der festliegenden Kapitalien, der unverbrauchte Geschäftsgewinn und das leichtfließende Handelskapital in Betracht. Dieser Teil des kapitalistischen Gesamtvermögens interessiert die Finanzminister des Krieges am meisten. Sie können so ungeheure Summen borgen, a) weil das Industrie- und Handelskapital zum Teil sehr nicht beschäftigt ist, b) weil durch das Darlehnszinsensystem auf einer vorhandenen Staatsanleihe eine weitere aufgebaut werden kann, wobei es der Zukunft überlassen bleibt, ob zur Aufrechterhaltung von beiden das nötige bewegliche Kapital nachwächst, c) weil auf Grund der Kriegsanleihen sehr große Gewinne gemacht werden, die nun sofort wieder in neue Anleihen hineingeflohen werden. Je höher der Anleihezins ausfällt, desto leichter kann bald wieder geborgt werden.

Esobald ein Staat nicht mehr borgen kann, so ist sehr Krieg zu Ende. Dieser Zeitpunkt kann für den Einzelstaat ziemlich bald eintreten, wenn nicht mehr an seine zukünftige Zahlungsfähigkeit geglaubt wird. Solche schlechten Schuldner sind schwierige Bundesgenossen. Am meisten wird davon England betroffen, denn es wird mehr oder weniger den britischen, portugiesischen, japanischen und russischen Kriegsmitteln gegenüber stehen. England soll in neuerer Zeit seinen Verbindlichkeiten mitgeteilt haben, daß es für sich allein nicht mehr zahlungsfähig sei, und auch wenn diese Mitteilung den Tatsachen voraussagen würde, so ist anzunehmen, daß der Tag für England unter allen Großmächten zuerst erscheint. Was bedeutet das? Es bedeutet einen Vorgang, der vom Nichtzustandekommen nur in seinen allgemeinen Umriß erfasst und angedeutet werden kann, nämlich die Ausfaltung des englischen Handelskapitals zu Kriegsanleihen. England schließt uns vom Weltmarkt aus, um ihn ganz zu beherrschen, und entläßt sich dabei selbst in steigendem Maße der Mittel, ohne die kein Weltmarkt geführt werden kann. Das gehört zur Logik der Antinomien, d. h. zu jedem tiefsten Lebensgesetz, daß ich niemanden stoßen kann, ohne dadurch selber gestochen zu werden.

In allen diesen und ähnlichen Dingen aber liegen gewaltige Dunkelheiten. Große Finanzwirtschaft greift an spekulativer Philosophie. Ihre Gefahr ist, sich in den Irrgängen des Denkens zu verirren, besonders in einer Zeit, in der alle bisherigen Maßstäbe verloren sind. Es ist für die Wölker im ganzen deshalb fast unmöglich, den Gebanngängen ihrer Finanzleitungen zu folgen, noch umständlicher, als die Pläne der Militärleitung einzugreifen zu verstehen. Deshalb ist Finanzleitung Vertrauenssache, wird es immer sein. Wieviel der neue Mann leisten wird, das weiß niemand, aber ihn begleitet viel Vertrauen. Seine Aufgabe aber ist groß wie ein Gebirge.

Krieg und Wildschaden.

Die „Rheinische Volkszeitung“ (Nr. 108 vom 8. Februar) veröffentlicht eine Zuschrift, die ihr „von einer größeren Versammlung katolischer Geistlichen“ zugeht und worin auf zwei Dinge aufmerksam gemacht wird, die nach der Meinung der Verfasser „vielleicht eine weitere Sparmaßnahme ganz überflüssig machen“. Einer der Punkte sei die Verwendung von Unmengen Getreide zum Brauereibrennen; hauptsächlich aber wird auf den Wildschaden hingewiesen. Es heißt darin:

„Es wird gewünscht, daß möglichst alle brachliegenden Ländereien bebaut werden. Das ist gerade wegen des großen Wildschadens nicht durchführbar. Große Gelände liegen brach einzig und allein deshalb, weil sich der Wildschaden wegen ihrer bebauung nicht lohnt. Andere brachliegenden Ländereien noch einen nennenswerten Ertrag: ganze Saatkörner werden abgeweidet. Die Futtermittel werden in großen Mengen vernichtet oder so geschädigt, daß eine Aufzucht nicht mehr möglich ist. Die Erziehung unseres Volkes steht in Frage. Eine erzieherische Pflicht ist es jetzt, Liebhabereien zurückzustellen. Alle maßgebenden Behörden weisen auf den Ernst der Zeit hin. Wer die Erziehung unseres Volkes will, muß auch die Mittel wachen, es zu erhalten. Es ist die höchste Zeit, in dieser Frage voranzutreten. Es muß gefordert werden, daß die Behörden für Abhilfe sorgen und die Gemeinden mit der Durchführung beauftragen.“

Die Einzelnen verlangen mit Recht, daß der Wildbestand „nach Möglichkeit vermindert“ werde. Auf die politische Seite des Kapitels „Wildschaden“ eingegangen, verleiht der „Burgfriede“. Es sei indes zur Ergänzung des oben Zitierten aus dem reichlichen sachlichen Material der folgende Auschnitt aus einer vor Ausbruch des Krieges in der „Westfälischen Rundschau“ (3. 7. 14) erschienenenilage wiedergegeben: „Die Mehe und auch das andere Wild ruinieren alles, buchstäblich alles. Gras und Klee abzumähen und einzunehmen hat man längst verlernt, das Wild läßt nämlich nichts hochkommen; so wie es spricht und wächst, wird es von den ungebildeten Wäldern total abgetrieben. Was nicht abgetrieben wird, das wird zertrampelt. Ganze Heide haben die Tiere durch die Kugeln gelichtet; es ist ein Jammer fondergleich. Kein Jagdpächter ist imstande, den Leuten diesen unermesslichen Schaden zu ersetzen.“

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Preiserhöhung für Saarsteine.

Gegen Ende November 1914 erhöhte der Saarsteinkauf die Kohlenpreise um durchschnittlich 1,20 Mk. pro Tonne für die Zeit bis zum 31. März 1915. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, daß vom 1. April 1915 eine weitere Preiserhöhung eintreten soll, die je nach Sorte verschieden hoch bemessen wird; für einzelne besonders begehrte Sorten soll sie bis zu 1,20 Mk. pro Tonne betragen. Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat erhöht ab 1. April 1915 die Preise um durchschnittlich 1,75 Mk. bis 2,25 Mk. pro Tonne, während die Kokspreise pro Tonne um 1,50 Mk. herabgesetzt werden. Dieser Herabsetzung der Kokspreise pro Tonne um 1,50 Mk. und 75 Pf. für Kokssteine folgt auch der Saarsteinkauf, erhöht dafür aber die Preise für die übrigen Kohlenarten, so daß die Gesamtanhebung der Preise ungefähr derjenigen des Kohlenyndikats entspricht. Diese Preiserhöhungen bilden eine Belastung der Kohlenverbraucher. Die Kosten besonders der Weiterverarbeitungsindustrie werden sich erhöhen, was zuletzt eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung zur Folge haben muß.

Kohlennot in Italien.

Wie das römische Blatt „Italia“ meldet, ist die Frage der Kohlenbeschaffung für Italien weit ernst, als die Beschaffung von Getreide. Auf englische Kohle sei nicht mehr zu rechnen wegen der gewaltigen Frachten, ebensowenig auf amerikanische. Die Rettung der italienischen Industrie könne nur noch aus Deutschland kommen. Ein Ausbruch der Wasserleitungs- und Gasgesellschaften wurde vom Ministerpräsidenten und vom Handelsminister empfangen, denen er die bedrohliche Lage wegen der Kohlennot darlegte und um Maßregeln zur Abhilfe nachsuchte.

Bei der Deckung seines Kohlenbedarfs ist Italien fast ganz vom Ausland, und zwar in erster Linie von England, abhängig; seine Eigenförderung beträgt nur 600 000 bis 700 000 Tonnen einer noch dazu minderwertigen Braunkohle. Aus England erhielt es im Jahre 1913 9,8 Mill. T. Kohlen, 71 000 T. Koks und 253 000 T. Braunkohle. Demgegenüber treten die Lieferungen aus Deutschland (892 000 T. Kohlen, 183 000 T. Koks und 133 000 T. Steinkohlenscheiteln) stark zurück und der Bezug aus Frankreich (92 000 T. Koks) und Belgien (13 000 T. Kohlen) fällt noch weniger ins Gewicht. Wie von vornherein zu erwarten war, hat Italien seinen Kohlenbedarf in der Kriegszeit nur unzureichend decken können. Aus England erhielt es die folgenden Mengen (in Tonnen):

	1913	1914	gegen 1913
Januar-Juli	5 673 000	5 415 000	- 258 000
August	605 000	445 000	- 160 000
September	811 000	608 000	- 203 000
Oktober	911 000	705 000	- 206 000
November	734 000	603 000	- 131 000
Dezember	802 000	759 000	- 43 000
August-Dezember	3 974 000	3 210 000	- 764 000
Ganzes Jahr	9 647 000	8 625 000	- 1 022 000

Danach waren seine Bezüge an britischer Kohle in den ersten fünf Kriegsmontaten um rund 1/4 Mill. Tonnen kleiner, als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, und auf das Jahr berechnet, würde sich ein Ausfall von annähernd 2 Mill. T. oder rund 20 Prozent er-

geben. Die Lieferungen Deutschlands weisen naturgemäß eine verhältnismäßig weit größere Abnahme auf, da ihnen ja mit Kriegsbeginn der Seeweg verschlossen war und schon technische Gründe ihren Übergang in größeren Mengen auf die Eisenbahnen — es kommt als Zufuhrstraße nur die Gotthardbahn in Betracht — entgegenhielten. Aus Deutschland bezog Italien die folgenden Brennstoffmengen (T.):

	1913	1914	gegen 1913
Januar-Juli	627 000	607 000	+ 70 000
August	88 000	150	- 88 000
September	78 000	12 000	- 66 000
Oktober	98 000	27 000	- 69 000
November	100 000	35 000	- 65 000
Dezember	81 000	48 000	- 33 000
August-Dezember	448 000	122 000	- 324 000
Ganzes Jahr	1 073 000	810 000	- 263 000

Vom August 1914 ab wurden als Ausfuhr Deutschlands nach Italien nur die über den Gotthard verfrachteten Mengen eingeführt werden; ob dafür noch andere in Betracht kommen, muß dahingestellt bleiben. Am ersten Kriegsmontat setzten, wie ersichtlich, die Lieferungen deutscher Kohle nach Italien so gut wie vollständig aus, dann erhoffte sie sich allmählich wieder. Der Versand über den Gotthard war im August 1914 um 32 000 T. — fast 100 Proz. größer gewesen als im August 1913, für September lauten die Ziffern + 25 000 = 68 Proz., für Oktober + 10 000 = 37 Proz.; dagegen wiesen der November und Dezember 1914 gegen die entsprechenden Monate des Vorjahres bemerkenswerterweise eine Zunahme um 425 T. = 1,3 Prozent und 10 067 T. = 26,7 Prozent auf. Es gewinnt mithin den Anschein, daß wir bei einer längeren Dauer des Krieges den Ausfall in der Kohlenzufuhr nach Italien insoweit Sperrung des Seeweges durch einen Mehrversand auf der Bahn zum Teil wenigstens ausgleichen werden. Auf die in Betracht kommenden deutschen Bergbauverwaltungen hat sich unser lehrjähriger Kohlenversand nach Italien auf der Gotthardbahn nach einer Notiz im „Glückauf“ wie folgt verteilt (in Tonnen):

	1913	1914	gegen 1913	Aug.-Dez. 1914 gegen 1913
Muhrebezirk	219 504	207 100	- 12 404	+ 2 244
Saarbezirk	180 500	80 252	- 99 548	- 59 550
Rachener Bezirk	6 708	4 026	- 2 142	- 1 781
Oberrhein. Braunkohlenbezirk	2 489	1 704	- 725	- 142
Südharzbezirk	8 848	7 126	- 1 722	- 1 585
Sachsen am Oberrhein	24 121	20 057	- 3 064	- 2 149
Rheinpfalz	80	25	- 55	-
Oberschlesien	10	-	- 10	10
Salle	-	205	+ 205	+ 205
Zusammen	441 210	327 245	- 113 965	- 62 774

Der Ausfall in der Kriegszeit um 68 000 T. = 34 Prozent wird, wie ersichtlich, fast ganz vom Saarbezirk getragen, dessen Förderung ja auch in viel stärkerem Maße vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden ist, als die des Muhrebezirks; dieser konnte seine Lieferungen in den bisherigen Kriegsmontaten sogar noch um ein geringes steigern.

Aus den Unternehmerverbänden.

Erneuerungsverhandlungen im Kohlenyndikat.

In der Rechenschaftsversammlung am 8. Februar 1915 wurde der neue Vertrag des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats zur Unterschrift vorgelegt. Von den 63 Syndikatsmitgliedern haben die Unterschrift nicht vollzogen die Stimmkreise Heinen (Carolus Magnus, Graf Veult, Friedrich Ernestine, Mathias Stinnes und Victoria Mathias), die Gewerkschaft Deutscher Kaiser, die Vergewerks.-A.-G. Concordia, die Deutsch-Luxemburgische Vergewerks- und Hütten-A.-G. die Friedrich Krupp A.-G., der Mühlheimer Vergewerksverein und dessen Gewerkschaften Neu-Schölerp und Hobeisen, die Mansfeldsche Gewerkschaft und die Rheinischen Stahlwerke. Ferner fehlte eine Erklärung der Bochumer Vergewerks.-A.-G., der Gewerkschaft Borussia-Despel, der Gewerkschaft Langenbrunn, des Solinger Hüttenwerks Nimes-Friede und der Gewerkschaft Victoria-Kupferberg, da diese Mitglieder entweder überhaupt nicht oder während der Vollziehung der Unterschriften nicht vertreten waren. Danach haben im ganzen 18 Heiden von 63 den Vertrag nicht unterzeichnet; darunter befinden sich 6 große Hüttenwerke. An der Hand der Beteiligungsziffer gemessen haben 10 968 200 Tonnen von 85 683 200 Tonnen Gesamtbeitragsziffer den Vertrag nicht unterzeichnet; das sind 10 Prozent der Beteiligung, die also noch abseits stehen.

In der vorigen Rechenschaftsversammlung hatten sich sämtliche anwesenden Syndikatsmitglieder bis auf Langenbrunn und Victoria-Kupferberg verpflichtet, sich selbständiger Verkäufe für das Jahr 1915 bis zum 1. Oktober d. J. zu enthalten. Von den damals nicht vertretenen Heiden ist mit Ausnahme von Borussia-Despel nachträglich eine entsprechende Erklärung eingegangen. Der Vorsitzende fragte deshalb die Versammlung, ob die Verpflichtung auch dann aufrecht erhalten werde, wenn Borussia-Despel sich weiterhin ablehnend verhält, und erhielt eine zustimmende Antwort. Der Antrag des Vorstandes gegen die Gewerkschaft Langenbrunn wegen ihrer Vorverkäufe wurde mit allen Stimmen gegen die eine Langenbrunns gemindert.

Aus der Rechenschaftsversammlung vom 8. Februar hört die „Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 34 vom 10. Februar) noch, daß seitens der Gruppe Hütten-Stinnes die Unterzeichnung des Syndikatvertrages deshalb nicht erfolgt ist, weil diese beiden Parteien auf dem Standpunkt stehen, daß eine Einigung im Rahmen des Gesamtinteresses erfolgen muß, d. h. daß zunächst mit den dem Syndikat noch fernstehenden Heiden, die von Hütten und Stinnes kontrolliert werden, eine Verständigung erfolgen muß, bevor die alten Heiden dieser Gruppe dem Syndikat beitreten. Es kommen hier bei Hütten die Gewerkschaften Rhein und Solberg, bei Stinnes die Gewerkschaft Welsheim in Frage. Außerdem verlangt Deutsch-Luxemburg aus der Interessengemeinschaft mit dem Nimminger Hüttenwerken eine Erhöhung seines Hüttenkontingents. Die gleiche Forderung wird von Nimes-Friede gestellt, und die Hüttengegenfrage bildet auch die Ursache, daß die Gruppe Nimes-Concordia den Vertrag einstweilen noch nicht unterzeichnet hat. Die einstweilige Ablehnung der Unterzeichnung des Vertrages durch die Friedrich Krupp A.-G. liegt in der Auffassung, wonach in den neuen Syndikatvertrag ein Paragraph eingefügt werden soll, der eine Kündigung des Kohlenyndikats mit neunmonatlicher Frist vorsieht, falls der Stahlwerksverband bis zu einem bestimmten Termin nicht wieder erneuert werden solle.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Arbeitswilligenschub aufgehoben, nicht aufgehoben.

Vor einiger Zeit ging die Meldung durch die Presse, die Regierung wolle aus dem Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch diejenigen Bestimmungen zurückziehen, die von der organisierten Arbeitererschaft als gegen das Koalitionsrecht gerichtet angesehen und angefochten würden. Wir bemerken dazu in Nr. 5 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 30. Januar 1915: „Die Bestätigung dieser Mitteilung durch eine offizielle Erklärung im Reichstag bleibt abzuwarten. Erfolgt sie, dann würde das eine erfreuliche Frucht des Krieges sein und viel Mittrauen in den Arbeiterkreisen befestigen.“

Die Meldung wurde auch in einem Teil der Arbeiterpresse lebhaft begrüßt als ein Beweis für die guten Absichten der Regierung, ihre feindselige Haltung den Arbeiterorganisationen gegenüber zu ändern. Rechtsanwalt Heinemann-Berlin, der auf dem Gewerkschaftstages in Dresden über den Entwurf zum Strafgesetzbuch referierte, meinte in einer Versammlung Berliner Gewerkschaftsfunktionäre am 12. Januar 1915, wir könnten uns freuen, daß „das trübe Bild“ dieser Strafrechtsreform nunmehr „für immer aus dem Rechtsleben der Nation verschwunden sei“, denn der Entwurf übertrüge „an Gefährlichkeit sogar die Buchhändlerverträge“. Im gleichen Tage aber wurde die Meldung, auf die sich Heinemann stützte, von einer Berliner Korrespondenz wie folgt demontiert:

„Die Meldung beruht auf Erfindung. In der gegenwärtigen Zeit, wo mit stark verminderten Arbeitskräften ein besonders hohes Maß von Arbeit durch die Maßnahmen aus Anlaß des Krieges zu leisten ist, fehlt jede Möglichkeit und auch jeder Anlaß, in die Erörterung von Fragen einzutreten, deren Lösung in absehbarer Zeit gar nicht in Frage kommen kann. Es hat infolgedessen auch nicht

einmal eine Aussprache über diese Fragen unter den zunächst beteiligten Stellen stattgefunden.“

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer 6 vom 31. Januar 1915:

„Die Forderung eines verstärkten Arbeitswilligenschubes gehört zu denjenigen innerpolitischen Problemen, die in einer Zeit, die die lästige und entscheidende Zusammenfassung aller nationalen Kräfte zur Bekämpfung des äußeren Feindes erfordert, im allseitigen Einverständnis der Parteien bis zur Wiederkehr ruhiger Zeiten von der arbeitgeberischen und parlamentarischen Behandlung ausgenommen sind. Wenn jetzt die Frage in der Tagespresse ventiliert und dabei — höchst vorsichtig — von der „Reinigung“ zu einem gänzlichen Verzicht auf die früher an maßgebenden Stellen bestehenden Anschauungen gesprochen wird, so mögen derartige Neuerungen vor der Hand auf sich beruhen. An gut unterrichteter Stelle wird es jedoch für ausgeschlossen gehalten, daß bei der Reform des Reichsstrafgesetzbuches den Arbeitswilligen der Schutz, auf den sie nach Recht und Billigkeit Anspruch erheben dürfen, verweigert werden sollte.“

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ ist das Zentralblatt deutscher Arbeiterverbände, Publikationsorgan der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, des Bundes der Arbeitgeberverbände Deutschlands, des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Laugelände, des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie, des Verbandes von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk, des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona, des Arbeitgeberverbandes Unterelbe, des Zentralverbandes der Zollerfirmen Deutschlands e. V., der Vereinigung der Maschinenfabrikanten von Hamburg-Altona-Bandob, des Arbeitgeberverbandes für Binnenschifffahrt und verwandte Gewerbe, des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände, des Allgemeinen Industrieverbandes, Eich Hamburg. — Die Arbeiter wissen also, was die Glöde geschlagen hat.

Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes.

Laut Bekanntmachung des Zentralvorstandes soll am 28. Juni und folgende Tage eine ordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes stattfinden. Nach dem Beschluß der letzten Generalversammlung war als Tagungsort Köln bestimmt. Der Vorstand läßt die Generalversammlung in Berlin stattfinden, wegen der zentralen Lage Berlins und weil dadurch eine Verringerung der Reisekosten erwartet wird. Der Vorstand begründet seinen Beschluß u. a. wie folgt:

Wenn der Vorstand sich trotz der schweren, beinahe alle Mitglieder mit erster Sorge um ihre auf dem Schlachtfeld stehenden Angehörigen, Verwandten und Freunde ersüßenden Zeit zur Einberufung einer immerhin mit erheblichen Kosten verbundenen Generalversammlung entschlossen hat, so sind für diese Entscheidung nicht nur statutarische Bestimmungen und der Beschluß der letzten Generalversammlung, sondern vor allen Dingen das Bedürfnis des Vorstandes maßgebend, sich mit der Vertretung der Gesamtmitgliedschaft über die getroffenen und etwa noch zu treffenden Maßnahmen zu verständigen. Dem Vorstand erscheint es nicht zweckmäßig, der bevorstehenden Generalversammlung eine weitergehende Tätigkeit als die Beschäftigung mit der durch den Krieg geschaffenen Lage zuzumuten. Der Vorstand wird daher der Generalversammlung weder Änderungen am Statut, noch sonstige Maßnahmen vorschlagen, die eine dauernde Veränderung des durch die XI. Generalversammlung in Breslau beschlossenen Zustandes herbeiführen, sondern sich nur auf Vorschläge beschränken, die durch die Kriegszeit bedingt sind und auch nur während dieser wirken sollen.

Internationale Rundschau.

Die Arbeiterbewegung Hollands

Wie die Deutschlands in mehrere Richtungen gespalten. Unserem Vaterorgan, dem „Münchener“, entnehmen wir folgende Mitgliederstatistik der holländischen Gewerkschaftsgruppen. Es hatten Mitglieder

	am 1. Jan. 1911	am 1. Jan. 1914
die Syndikatslisten	5 247	9 097
die freien Gewerkschaften	44 278	84 261
die Christlich-Nationalen	7 480	11 023
die Römisch-Katholischen	15 541	29 048
die Neutralen	—	3 884

Demnach stehen auch in Holland die freien Gewerkschaften weitans an der Spitze in der Arbeiterbewegung mit der Mitgliederzahl und machen die bedeutendsten Fortschritte.

Friedensstundegebung französischer Gewerkschafter.

Die Bemühungen der Vaillant, Guesde, Sembat und Genossen, Italien zum Losziehen gegen seine beiden Dreihündgenossen (Deutschland und Österreich) und Japan zur Entfaltung eines großen Heeres nach dem europäischen Kriegsschauplatz zu bewegen, finden in den Kreisen der französischen Gewerkschaften freudigerweise nicht ungeteilte Billigung. Der Zentralvorstand der vereinigten Gewerkschaften Frankreichs (Confederation Generale du Travail, jetzt abgekürzt: C. G. T.) hat nachstehenden Aufruf veröffentlicht. Der unterzeichnete Generalsekretär J. Jouhaux, Vertreter der C. G. T. in dem Internationalen Gewerkschaftsbund (Vorherrschend Karl Legien), hat sich zwar auch der nationalen Landesvereidigung zur Verfügung gestellt, was wir ihn als vaterländische Pflichterfüllung anrechnen; aber er vertritt doch nicht den Standpunkt, Deutschland müsse „vernichtet“ werden. Wie wir ja auch den Hurrapatriotismus, der andere Völker und Länder nur „nach Kriegsrecht“ behandeln möchte, ohne sich an die daraus folgenden internationalen Verwicklungen zu stören, entschieden bekämpfen im Interesse unseres Landes. Man muß es Jouhaux als Franzosen nachsehen, daß er wohl an das Schicksal Nordfrankreichs und Belgiens, nicht aber auch an die Verwüstungen Ostpreußens, Polens und Galiziens erinnert. Der hochwürdige Kern der Stundegebung des französischen Gewerkschaftsbundes ist ihre Abgabe an die französischen Hurrapatrioten, die den Krieg „bis zum Weißbluten“ führen wollen, ohne an die furchtbaren Folgen für alle Völker zu denken. Die Erklärung, am 2. Februar in der „Humanité“ veröffentlicht, lautet:

„Dem fürchterlichen Sturm nun Trost, der gegenwärtig in Europa tobt, erklärte die französische C. G. T., gegen deren Willen und Aktion der Sturm entsetzt wurde, daß sie sich in unerschütterlicher Weise zur Sache der Arbeiterinternationale gehörig stellt.“

Der Krieg bleibt für sie das einschneidendste der sozialen Verbrechen. Kein Argument kann die Verantwortlichkeit derjenigen, die ihn zum Ausbruch brachten, mindern. Das heißt, daß die C. G. T. heute wie gestern Anhängerin des Friedens unter den Völkern bleibt.

Stets hat sie ihre Propaganda, ihre Aktion gegen den niedrigen Nationalismus gerichtet, gegen den Eroberungsmilitarismus wie gegen die Rückkehr der vergangenen Staatsformen.

Ihr Wunsch wäre gewesen, die ganze Internationale auf diesen Weg des Kampfes gegen die schlechten Kräfte zu bringen. Sie hatte verstanden, daß es in diesem Punkt notwendig wäre, die Einheit des Gedanken zu schaffen, um die Einheit der Haltung hervorzuheben in den organisierten Proletariaten aller Länder, so daß, wenn die Umstände es erfordern, eine einheitliche Aktion gegen die gemeinsame Gefahr daraus erwachsen könnte.

Antrag auf der internationalen Konferenz in Amsterdam 1905; Intervention der C. G. T. durch ihren Sekretär bei den deutschen Gewerkschaften 1905; Antrag bei der internationalen Konferenz in Paris 1908; Delegation der C. G. T. nach Deutschland 1910; Intervention bei Legien in Brüssel, Juli 1914.

Wenn die Internationale ohnmächtig war, den Krieg zu verhindern, so war das zum Teil deshalb der Fall, weil sie den Wert dieses Standpunktes nicht erkannt hatte. Seit sechs Monaten erleiden wir diesen Krieg und alle Schrecken der Invasion. Wir haben gesehen, wie die Neutralität Luxemburgs und Belgiens gebrochen, wie die Departements des Nordens und des Ostens unseres Landes befeht wurden, und die Schlächtereien, die wir erleben, haben unseren Standpunkt nur gestärkt, soweit die Haltung in Betracht kommt, welche das internationale geeinigte Proletariat gegen den Krieg einnehmen sollte und soll. Jedoch, so heiß in uns der Wunsch lebt, den Frieden zwischen den heutigen Krieg stehenden Völkern wiederherzustellen, können wir nicht vergessen, daß das belgische Territorium fast noch ganz befeht ist, und daß unsere Departements des Ostens und des Nordens in derselben Lage sind.

Daß andererseits die wesentlichsten Bedingungen des sozialen Fortschritts — die Unberücksichtigung, die Unabhängigkeit der Völker bilden.

Wir haben zu oft gegen die kolonialen Expeditionen protestiert, als daß wir heute die tiefen Gründe unserer Proteste vergessen könnten. Die Menschheit wird sich nur dann im Sinn einer immer höheren Zivilisation entwickeln, sie wird nur dann soziale Beziehungen schaffen, die dem Menschenrecht entsprechender sind, wenn die brutale Kraft als Unterdrückungsmittel verdrängt und sich in eine Hilfskraft der im Dienst der Arbeit stehenden Intelligenz umwandelt.

Die Vereinigten Staaten der Welt, Form der menschlichen Organisation, die wir zu verwirklichen suchen sollen, werden erst an dem Tage zustande kommen, an dem jede Nationalität, so schwach sie auch sein mag, die Garantie hat, in ihrer inneren Entwicklung respektiert zu werden; das Zusammenwirken aller Völker wird erst auf diese Weise ermöglicht. Dieser Tag wird die Entstehung der wahren internationalen Freiheit sehen, die dem normalen Spiel der nationalen, keinem Zwang unterliegenden Freiheiten entspringen.

In einer solchen Konstitution wird der Militarismus, der ohne Objekt ist, sich selbst ausschalten. Diese Auffassung der Zukunft, die trotz der entsetzlichen Stunden, die wir erleben, die unserige ist, hoffen wir fest zu verwirklichen, wenn jedes Proletariat sein Ziel ernsthafter Arbeit liefert zur Aufrechterhaltung des gemeinsamen Bestrebens. Dieses Ideal annehmen, heißt jede Idee der Hegemonie (Vorherrschaft einer Nation) verbannen, heißt die Harmonie unter allen menschlichen Völkern verlangen durch die Gleichheit aller Völker.

Wenn es unter den gegenwärtigen Umständen der französischen G. U. nicht möglich ist, die Bedingungen eines Friedens zu formulieren, den sie so nahe wie möglich wünscht, so ist es ihr indessen erlaubt zu gehen, daß die Friedensanstrengung, um nicht zu sein, sich auf ein Ziel orientieren muß, das aus diesem Krieg den letzten der Kriege macht.

Die G. U. ist von Herzen mit denjenigen, die für dieses Ziel eintreten. Von neuem verlangt sie in diesen entsetzlichen Stunden, daß die Arbeiterklassen aller Länder sich ihr anschließen, um die formelle Verpflichtung zu übernehmen, dafür zu sorgen, daß der Gebote der Vereinigten Staaten der Welt der Friede nur an dem Tag endgültig garantiert sein wird, an dem die Arbeiterklassen aller Nationen im Schoß ihrer Organisationen ein tiefes moralisches Bewußtsein ihrer gegenseitigen Pflichten erworben haben werden, und auf diese Weise eine Aktionskraft, die wirklich fähig ist, jeden Krieg zu verhindern, durch die direkte Aufsehung der in der Arbeiterinternationale organisierten und handelnden Kräfte.

Die G. U. X. heißt den Vorschlag der American Federation of Labor gut und nimmt ihn an, der darauf hinausgeht, „am selben Ort und an denselben Tagen, wie die allgemeine Friedenskonferenz, die zweifellos am Ende des Krieges stattfinden wird, einen Kongreß der Arbeiterorganisationen der verschiedenen Länder abzuhalten“, zur Wiederherstellung der brüderlichen Beziehungen, um die Interessen der Arbeiter zu schützen und überall den Grundstein zu legen für einen dauerhaften Frieden auf folgender Basis:

1. Abschaffung der Geheimverträge.
2. Volle Respektierung der Nationalität.
3. Sofortige und internationale Einschränkung der Rüstungen, Maßregeln, die deren völlige Unterdrückung beschleunigen sollen.
4. Anwendung des obligatorischen Schiedsgerichts für alle Konflikte zwischen den Völkern.

Es lebe die Internationale stets und trotz alledem!
Für das Komitee und im Auftrag
Der Sekretär: A. Jouhaug.

Burgew lebenslanglich nach Sibirien verbannt.

Der russische Revolutionär Burgew, der den durch seine Teilnahme an einer Meuterei von Alentaten bekannten Arew als Agenten der russischen Polizei entlarvt und dessen Enthüllungen über das russische Polizeisystem seinerzeit großes Aufsehen erregten, war nach Kriegsausbruch nach Rußland zurückgekehrt, um für den „Zar-Bekehrer“ zu kämpfen. Vor schwerer Strafe hatte er sich seinerzeit nur durch schnelle Flucht aus Rußland retten können. Als aber der Krieg ausgebrochen war, glaubte er jedenfalls, vom „Zar-Bekehrer“ als Mitkämpfer gegen die „deutschen Barbaren“ mit offenen Armen empfangen zu werden. Seine Enttäuschung muß daher sehr groß gewesen sein, als er bei seiner Landung in Kowno in Finnland verhaftet wurde. So wurde er von den Ehernen des „Zar-Bekehrers“ hinfällig mit offenen Armen empfangen. Damals wurde gemeldet, Burgew sei wieder freigelassen worden. Das war falsch, denn jetzt wird mitgeteilt, daß er lebenslanglich nach Sibirien verbannt wurde.

Die Verurteilung Burgews zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien hat auf die französischen Sozialisten sehr ernüchternd gewirkt. So schreibt das Organ des „Antimilitaristen“ Serbe, „Guerre Sociale“:

„Die Verurteilung wird ein Keulenschlag für alle Freunde des russischen Volkes und der russischen Regierung sein, die wir tiefen Aufbruch des Krieges trotz ihrer Vergangenheit mit derselben Sympathie zu betrachten bemüht waren. Wir träumten von einem Zar-Bekehrer, der nicht nur die kleinen slavischen Völker in Mitteleuropa und auf dem Balkan von dem österrömischo-ungarischen Joch befreien, sondern auch Finnland die ihm längst versprochene Autonomie wiedergeben, Polen wiedererwecken, die Juden aus der Sklaverei befreien, den Revolutionären die Türen der sibirischen Zuchthäuser öffnen und aus der Duma ein Haus der wirklichen Abgeordneten des russischen Volkes machen würde. Bedeutet die Verurteilung Burgews, daß wir uns schamlich täuschten? Wird der Zar, der Freund der verbündeten französischen Republik, des freien Englands und des zitterlichen Belgiens, gestatten, daß Burgew nach Sibirien verbannt wird?“

Die „Humanité“, das Hauptorgan der französischen Sozialisten, schreibt:

„Die Verurteilung betrügt und enttäuscht, aber übertrifft uns nicht. Die Politik der russischen Regierung änderte sich nicht. Dies sowie die Tatsache, daß fünf Sozialisten demnach vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen, weil sie das Verbrechen begingen, der sozialistischen Partei anzugehören, was nach der Auflassung eines Anschlag gegen die Sicherheit des Staates gleichkommt, beweist, daß die russische Regierung nichts vergessen, aber auch nichts hinzugefügt hat.“

Die Kameraden der vereinigten französischen Sozialisten hat eine Abordnung beauftragt, den Minister des Äußeren, Delcassé, um eine Intervention bei der russischen Regierung zugunsten Burgews zu bitten.

Und was wird zu der Verurteilung Burgews der russische Anarchist Krapotkin sagen? Krapotkin, gegen den in Rußland das Todesurteil gefällt wurde, der vor den Ehernen des „Zar-Bekehrers“ flüchten mußte und viele Jahre in England lebte, hat sich nach Kriegsausbruch mit einem Aufwurf in der russischen Presse an die Finnen, Juden und Polen gewandt. In eindringlicher Weise suchte er ihnen klar zu machen, daß sie für Rußland kämpfen müßten und alles für den russischen Sieg einzusetzen sollten, weil sie nur so Vorrechte und Freiheit für sich erringen könnten. Die neuesten Zudenprogramme in Rußland und die Verurteilung Burgews bilden eine wirksame Illustration dieser Illusionen.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bege Konstantin I u. II. Hier beklagen sich Arbeiter darüber, daß Steiger Achenbach Zwang zum Verzehren von Uebererschichten übt, der von ihnen sehr unangenehm empfunden wird und das Gegendel von dem bewirkt, was berichtet werden soll. Verständigung und ausreichender Lohn würden weit besser ihren Zweck erfüllen, während der Druck notwendigerweise Gegenstand erzeugt.

Bege Engelsburg. Durch Anschlag wurde hier bekannt gegeben: „Wegen der hohen Sager- und Futterpreise muß der Kohlenzuschlag um 10 Pf. erhöht werden. Hiergegen würden die Arbeiter nichts einwenden, wenn darunter bekannt gegeben würde: „Wegen der hohen Lebensmittelpreise werden die Löhne entsprechend erhöht.“ Aber das ist nicht geschehen, stat dessen heißt es: „Verfahrt nur tüchtig Uebererschichten, dann verdient ihr auch was.“ Die Maßnahme sucht immer offen, wodurch Dieben das Handwerk erleichtert wird. So sind schon sieben Diebstähle an einem Tage vorgekommen. Zur Nachsicht erhält jeder den Schlüssel, so daß auch dort den Dieben das Handwerk erleichtert wird. Da sollte doch Abhilfe erfolgen.

Bege Silernia. Von Arbeitern wird hier sehr gewünscht, daß der Fahrsteiger W. etwas höflicher wäre. Bedenkwürdigen, wie: „faule Bande“, „Drückberger“, „Lumpengeinde!“ „ich jage euch alle zum

Boche hinaus“ sind doch nicht gut angebracht, ganz gleich, wie sie gemeint sind. Erwünscht wäre auch, daß die Auslösung etwas schneller von statten ginge, damit besonders die Arbeiter, die einen weiten Weg von und zur Bege haben, nicht so lange zu warten bräuchten. Vielleicht könnte etwas früher mit der Auszahlung begonnen werden. Ebenso wäre es notwendig, daß einzelne Strecken etwas trockener gehalten würden, besonders auf der neunten Sohle. Den Arbeitern würde dadurch die Arbeit wesentlich erleichtert.

Bege Preußen I. Hier wird jeden Mittwoch und Samstag 1 1/2 Schicht verfahren. Häufig aber der Sonntag auf einen Samstag, wird Dienstag und Freitag 1 1/2 Schicht verfahren. Dagegen wäre weniger einzuwenden, wenn nicht Zwang zum Verfahren der Uebererschichten angewandt würde. Den Arbeitern wird gesagt: „Wer die Uebererschichten nicht verfährt, kommt in den Schlingengraben.“ Halten denn die Beamten, die damit drohen, den Schlingengraben für eine Strafanstalt? Selbst den jugendlichen Arbeitern wird mit Lohnabzug gedroht, falls sie die Uebererschichten nicht verfahren. Fahrsteiger W. sagte zu einer Kameradenschaft, die aus gesundheitlichen Gründen die Uebererschichten nicht alle verfahren wollte: „Was geht mich eure Gesundheit an! Wenn ich es verlange, habt ihr jeden Tag 1 1/2 Schicht zu verfahren.“ Als die Kameradenschaft ihm hierauf die Antwort nicht schuldig blieb, meinte er schlichtlich, er habe es nicht so gemeint. Bei einer anderen Gelegenheit meinte er, es wäre schade, daß diejenigen, die keine 1 1/2 Schicht verfahren wollten, nach hier wären, die müßten alle in den Schlingengraben. Es wurde sogar gesagt, daß, wenn der Landsturm eingezogen würde und die Arbeiter sich weigerten, Uebererschichten zu verfahren, die gerichtliche Schlichtung eingeleitet werde. Geht es denn wirklich nicht anders? Warum wird keine glückliche Verständigung gesucht?

Bege de Wandel. Die Arbeiter werden hier schon durch Prämiengebilde zu denkbar größter Leistung angeleitet und sollen dann nach fortgesetzt Uebererschichten verfahren. Wo sollen aber die Kräfte dazu herkommen? Zwar werden von der Bege keine Uebererschichten angeordnet. Aber die Beamten suchen die Arbeiter durch Ueberredung und wenn das nicht hilft, durch Zwang dazu zu veranlassen. So sagte Steiger St., Meister 7: „Wer keine Uebererschichten macht oder mit dem Lohn nicht zufrieden ist, braucht bloß gemeldet zu werden und kommt sofort in den Schlingengraben.“ Dieser Beamte scheint danach auch den Schlingengraben für eine Strafanstalt zu halten. Geht es denn wirklich nicht ohne Zwang? Warum wird keine glückliche Verständigung gesucht? Bedenkend ist auch, daß schon gleich bei Kriegsbeginn Schichtlöhne und Bedinge gekürzt wurden, ohne daß gemäß der Arbeitsordnung die Arbeiter so früh davon in Kenntnis gesetzt wurden, daß sie von ihrem ordnungsmäßigen Kündigungsrecht Gebrauch machen konnten.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Gewerkschaftliche Solidarität im Kriege.

Aus einem der vorgeschobenen Posten der deutschen Kampflinie in Frankreich schreiben einige bei der Wäckerkolonne stehende Mitglieder des Wäckerverbandes an die Ortsleitung Hamburg dieser Organisation:

„Am heutigen Tage sind 27,50 M. für die Hinterbliebenen der gefallenen Krieger abgegangen. Sollten in der Zahlstelle Hamburg keine Hilfsbedürftigen sein, so bitte ich, es an die Hauptverwaltung weiterzugeben. Es haben sich aus gewissen Gründen nur die ledigen Kollegen beteiligt, denn die verheirateten haben ja mit ihrer Familie vollkommen zu tun. Von uns haben sich folgende Kollegen daran beteiligt (folgen sieben Unterschriften).“

Jeder dieser im Felde stehenden Wäcker hat sich also von seinen beschiedenen Weizigen vier Mark, die Löhnung von ungefähr einer Woche, abgesetzt, um damit hilfsbedürftigen Kollegen zu helfen. Welch leuchtendes Beispiel der Solidarität und Opferwilligkeit! Wie müssen sich vor solchen Menschen die Brüderberger und Fahnenflüchtlinge schämen, die jetzt ihren Organisationen den Rücken kehren.

Kriegsgefangene im Bergbau.

Die „Mheinisch-Westfälische Zeitung“ (Nr. 119 vom 11. Februar 1915) meldet:

„Unter den Kriegsgefangenen Belgiern, Franzosen und Russen in den Gefangenenlagern befinden sich auch eine größere Anzahl Vergleute. Sie haben den Wunsch ausgesprochen, beschäftigt zu werden, und die Frage ist darauf von den berufenen Stellen geprüft worden. Die Verhandlungen haben die Möglichkeit der Beschäftigung dieser Leute in ihrem Berufe ergeben, und die Bergbehörde hat nach weiterer Prüfung der sicherlich nicht leicht zu nehmenden Frage einer Beschäftigung der Kriegsgefangenen Vergleute zugestimmt. Wir werden insoweit die nächstjährige Woche erleben, daß einige hundert fremde Vergleute aus den Gefangenenlagern auch in Bochum Einzug halten und, wie wir hören, zunächst auf den Schächten Dammendaunzug und Prinzregent (der Deutsch-Luzemburgischen Bergwerks-A.-G. gehörig) einfahren. Sie werden ihre eigenen abgeschlossenen Wohnstätten haben und auch bei der Arbeit unter Tage wie über Tage von den übrigen Bergarbeitern getrennt gehalten, mit denen sie keinerlei Verührung erhalten sollen. Ihre Aus- und Einfahrt wird gesondert vonstatten gehen. Es sind selbstverständlich alle erdenklichen Maßnahmen getroffen, um irgendwelche feindlichen Handlungen zu verhindern, die so, wie die Arbeit eingerichtet wird, nur sie, die Gefangenen selbst, nicht aber andere würden schädigen können. Auch im deutsch-französischen Kriege von 1870/71 wurden Kriegsgefangene Franzosen im hiesigen Bergbau beschäftigt. Die Kriegsgefangenen Arbeiter erhalten Grubenkleidung mit einem breiten roten Streifen, so daß sie sofort erkennlich sind. Für Aussicht wird natürlich auch gesorgt. Haben sie außer in ihrem Kamp auch sonst keine Bewegungsfreiheit, so werden sie doch ein geregelt Leben vorziehen bei der Arbeit. Man große Hoffnungen auf itare Arbeitsleistung hegt wohl kaum jemand. Das, was unsere freien Vergleute leisten, werden die Gefangenen natürlich nicht annähernd leisten. Aber immerhin, wenn ihnen Gelegenheit gegeben wird, sich durch Fleiß auch noch für sich in der Gefangenenschaft einiges zu verdienen und sich das Leben innerhalb der gezogenen Schranken angenehmer zu machen, wird die Arbeitsfreudigkeit sich heben lassen. Es handelt sich selbstverständlich zunächst um einen Versuch, den man angesichts mancher fehlenden Arbeitskräfte wagen zu sollen geglaubt hat. Je nachdem er ausfällt, wird über die Einstellung von Kriegsgefangenen in größerem Maße gesprochen werden können.“

Alle unsere Einwände und Bedenken gegen die Beschäftigung Kriegsgefangener in den Gruben fanden danach nicht die notwendige Beachtung, obwohl sie nicht nur von den übrigen Verbänden, sondern auch von allen erfahrenen und einsichtigen Bergarbeitern geteilt werden. Ohne die Arbeiter oder ihre Organisationen auch nur zu fragen, wird einfach verfügt.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Sterblichkeit und soziale Lage.

Der große Unterschied in der Sterblichkeitsziffer der Gemeinden Staßfurt und Leopoldshall erwidert merkwürdig. Deshalb veranlaßte man eine wissenschaftliche Untersuchung. Man vermutete, daß das Trinkwasser die Ursache sei. Die Sterblichkeit betrug in den Jahren 1900-1911 alljährlich in Leopoldshall pro Tausend 3,49 weniger als in Staßfurt. Wie Dr. Wolf Gartner jetzt in der Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten berichtet, sind die Wasserverhältnisse in den beiden Gemeinden im wesentlichen gleich. Als Ursache des Sterblichkeitsunterschiedes stellte die wissenschaftliche Untersuchung vielmehr die Verschleimtheit in den sozialen Verhältnissen fest. Unter anderem zeigte sich in Staßfurt eine größere Wohnungsbedürftigkeit als in Leopoldshall. Wir haben damit also einen neuen wissenschaftlichen Beweis für die großen Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und Krankheit und Sterblichkeit.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Auf der dem Grajen Wallejarem gehörigen Castellengogruhe in Oberschlesien verweigerten am 11. Februar etwa 870 Mann der Belegschaft die Anfahr. Tags zuvor hatten die Leute der Bergverwaltung mündlich folgende Forderungen gestellt: Lohnerhöhung um 25 Prozent; Befreiung von der Zwangsüberarbeit und den diesbezüglichen Bestrafungen; Tarifabschließung nach § 93 b des Allg. Berggesetzes vom 14. Juli 1905; aufzwingende Behandlung durch die

Beamten; monatliche Vorschusszahlungen und zwar die Hälfte des verdienten Lohnes. Bis hier wurden nur 20 M. gezahlt. Da der Bergverwalter eine abschlägige Antwort erteilte, erfolgte am 11. Febr. die Arbeitseinstellung. Der weitest größte Teil der Ausständigen ist unorganisiert. — Auch auf der Johannagruhe verweigerte die Morgenschicht die Anfahr. Es kommen auch dort fast nur Unorganisierte in Betracht. Am 12. Februar kam dann auch noch die Belegschaft der Uwechrgruhe hinzu. Es wurde die Vermittlung des Landrats anzufragen. Eine Verständigung wurde erzielt, so daß ein Teil der Belegschaften schon am 18. und der Rest am 15. Februar wieder anfuhr.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 8. Woche (vom 14. bis 20. Februar 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

In letzter Zeit ist es öfters vorgekommen, daß Mitteilungen sowie Bestellungen, namentlich wenn es sich um Rücksendungen der Mitgliedsbücher handelt, bei den in Frage kommenden Ressorts nicht eingegangen sind. Wir machen deshalb unsere Ortsverwaltungen besonders darauf aufmerksam, daß Mitteilungen und Bestellungen für die verschiedenen Abteilungen des Vorstandes nicht auf einen Vogen Papier geschrieben werden dürfen, da sonst beim Zerschneiden oder Abschreiben leicht etwas übersehen werden kann. Man benütze deshalb für jede Abteilung ein besonderes Formular.

Schreibew. Den Kameraden zur Aufklärung, daß das Gerücht, Kamerad Arno Lehmann gehöre dem gelben Werkverein an, auf Unwahrheit beruht. Die Ortsverwaltung.

Achtung Verbandsmitglieder!

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie sich beim Umzug in der Poststelle oder von einer Poststelle zur anderen beim Vertrauensmann um- bzw. an- und abzumelden haben. Diese Pflicht wird leider von vielen Mitgliedern verkannt. Wir bitten dringend um Beachtung.

Rechtschutz betreffend.

Bezirk Oberhausen. Nachdem am 4. Februar der Arbeitersekretär Anton Dunker-Samborn zum Kriegsdienst eingezogen wurde, hat sich eine anderweitige Regelung der Rechtschutzerteilung im Bezirk Oberhausen notwendig gemacht. Rechtschutz wird erteilt: in Hamborn nur noch am Montag, Mittwoch und Samstag, in Oberhausen am Dienstag, Donnerstag und Freitag. An diesen Tagen finden die Sprechstunden wie bisher statt. Es liegt im eigenen Interesse der Rechtschutzsuchenden, nur an diesen Tagen vorzusprechen, da sonst der Weg umsonst gemacht wird.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

- Bommern. Vom 1. bis 15. März.
- Evng II. Vom 12. Februar bis 15. März.

Für den Unterstützungsfonds

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beträge ein:

- In bar: Zahlstelle Reddinghausen-Süd II (Bez. Reddinghausen) 11,85, Marxloh II (Bez. Oberhausen) 10,—, Meberich II (Bez. Oberhausen) 9,17, Holtzen (Bez. Oberhausen) 5,25, Westerholt (Bez. Reddinghausen) 19,—, Oberhausen I (Bez. Oberhausen) 5,—, Langenbochum (Bez. Reddinghausen) 40,—, Bezirk Oberschlesien 200,— M.
- In bar auf Sammellisten: Jagarzewski-Erle 4,—, Hansmann, Liste Nr. 237: 4,—, Kartenberg, Liste Nr. 1633: 10,70, Nr. 20: 8,20, Nijmann-Oberschlesien 2,—, Brodhaus, Liste Nr. 327: 13,50 M.
- Für Festkarten: Meier 99,60 M.
- Freiwillige Beiträge von Knappschafts-Ältesten: E. Brinke-Oberhausen 20,—, Salzmann-Graded 25,— M.

† Sterbetafel †

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

- | | |
|-------------------------------------------------|-------------------------------------------------------|
| Otto Winkler, Nieberhermsdorf (Bezirk Dresden). | Wilk. Welterhoff, Soglinghausen, Johann Vorn, Marten. |
| Friedrich Korn, Evng II. | Heinrich Bornmann, Marten. |
| Josef Drzewicki, Eigen. | Wilk. Winkler, Soglinghausen. |
| Frd. Petras, Widau-Marienshal. | Johann Kilian, Rothhausen. |
| Benzel Gaala, Erleschwid. | Friedrich Kuhne, Rothhausen. |
| Anton Kramer, Erleschwid. | Franz Härtel, Schmünde. |
| Albert Niebel, Luda. | Heinrich Schildmann, Schüren. |
| Mag. Stach, Altenessen II. | Heinrich Wilsgrube, Schüren. |
| Ludwig Wosny, Petrowitz. | Karl Raband, Nibdinghausen. |
| Wilk. Heumann, Gelsenkirchen VIII. | Fritz Scheller, Söbbe. |
| Friedrich Lub, Stoppel I. | Richard Schinde, Werksburg. |
| Josef Budzowski, Haußdorf. | Paul Wehber jun., Werksburg. |
| Franz Winkler, Haußdorf. | Paul Kallmeyer, Eisleben. |
| Franz Kipin-Beck, Eidel II. | Gomanuel Gebulla, Lazisk. |
| Alfred Sell, Herringen. | Johann Wagslawik, Lazisk. |
| Ferdinand Rinne, Herringen. | Josef Duschik, Lazisk. |
| Fritz Spedmann, Bittermark. | Franz Raphael, Lazisk. |
| Abam Mathias, Groß-Herringen. | Otto Sittig, Neuherrdorf. |
| Hermann Dertgen, Klütchen. | Edwin Gierich, Oberloquitz. |
| Karl Weiser, Dortmund II. | Karl Weiser, Dortmund II. |
| Carl Wöhler, Burgdorf (Hann.). | Anastasius Eschl, Dortmund II. |
| Friedrich Masch, Katernberg. | Gottlieb Zohler, Rahm. |
| Fritz Neumann, Rothhausen. | Heinrich Altenschel, Hattingen. |
| Julius Scheffranowik, Rothhausen. | Jacob Glaser, Wiebelsrieden. |
| Edward Schüker, Rothhausen. | August Gelembach, Fentisch. |
| Ludwig Hermann, Rothhausen. | Karl Wucher, Stochhausen. |
| Friedrich Rih, Rothhausen. | Karl Meier, Königskopf. |
| Gustav Philippid, Rothhausen. | Walt. Osw. Bräuer, Niederplanitz. |
| Herm. Gebler, Wattenfeld II. | Wilkam Kandler, Marz. |
| Ferdinand Domnowski, Nieberaden. | August Bedmann, Derten. |
| August Grzylke, Einsen. | Bruno Jungmann, Derten. |
| Kurt Müllner, Nieberhausen. | Benedikt Bwid, Penzberg. |
| Wilhelm Gzarnecki, Harpen. | Leonhard Marx, Penzberg. |
| Karl Reikemann, Westrich. | Josef Hoff, Penzberg. |
| Theodor Gannemann, Westrich. | Leonhard Brüstel, Penzberg. |
| Viktor Jonsowski, Dortmund III. | Anton Schweiger, Penzberg. |
| Johann Sannert, Wengebe. | Widil Numer, Penzberg. |
| Fritz Jochmann, Vindenhorst. | Ludwig Duma, Penzberg. |
| Heinrich Müller, Aray. | Ernst Demuth, Datteln. |
| Emil Löffel, Lütkenberg. | Julius Bradmann, Datteln. |
| Ernst Friedrich, Neinsdorf. | Gustav Wärfel, Datteln. |
| Josef Arnold, Lütkenbortmund. | Gustav Schneider, Datteln. |
| Friedr. Leidigkeit, Stoppenberg. | Fritz Weuster, Bommern. |
| Ludwig Pirung, Eidel I. | Gustav Rajdeban, Waisenehrfelde. |
| Oskar Heutischel, Cullisch. | Wolff Zentler, Efen. |
| Gustav Jüng, Nieber-Sprochhövel. | Fritz Brombach, Krudel. |
| Wilk. Franke, Nieber-Sprochhövel. | Heinrich Kowk, Salzdefurth. |
| Fritz Pottkämper, N.-Sprochhövel. | Paul Knaut, Nippin. |
| Wilk. Krummel, Reddinghausen. | Fritz Holland, Altenessen I. |
| Emil Niebel, Ködlich. | Wilhelm Bayer, Altenessen I. |
| Ferd. Stawczynski, Nethem-Aler. | |

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Innere Ortsverwaltungen werden hiermit aufgefordert, uns die Namen, Verbandsnummer, Zahlstelle und Datum der im Felde gefallenen Kameraden sofort zu melden. Es erfolgt dann die Veröffentlichung an dieser Stelle. Der Vorstand.